



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Weiler-Simmerberg am Montag, 09.12.2019

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 22.09 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses in Weiler im Allgäu

Teilnehmer:

Vorsitzender:

1. Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph

Stellvertreter des 1. Bürgermeisters:

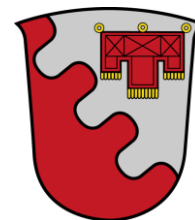
2. Bürgermeister Gerd Ilg

Weiterer Stellvertreter des 1. Bürgermeisters:

3. Bürgermeister Xaver Fink

<input checked="" type="checkbox"/> Bernhard Bruno	<input type="checkbox"/> Maulhardt Walter (pers. Gründe)
<input type="checkbox"/> Erd Andreas (pers. Gründe)	<input checked="" type="checkbox"/> Novy Stephanie
<input checked="" type="checkbox"/> Dr. Ferber Bernd	<input checked="" type="checkbox"/> Rasthofer Peter
<input checked="" type="checkbox"/> Götz Michael	<input type="checkbox"/> Reichart Anja (pers. Gründe)
<input checked="" type="checkbox"/> Boch Berhard	<input checked="" type="checkbox"/> Rotter Eberhard
<input checked="" type="checkbox"/> Hodrius Margot	<input checked="" type="checkbox"/> Dr. Sauer Franz-Joseph
<input checked="" type="checkbox"/> Holzer Katja	<input checked="" type="checkbox"/> Trenkle Stefan
<input type="checkbox"/> Klauß Guido (pers. Gründe)	<input type="checkbox"/> Weiß Werner (pers. Gründe)
<input type="checkbox"/> Lau Martin (pers. Gründe)	<input checked="" type="checkbox"/> Wucher Antonius

Insgesamt waren 15 Gemeinderatsmitglieder anwesend.



Eröffnung der Sitzung

Herr Bürgermeister Rudolph begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäße Zugang der Ladung werden festgestellt. Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwendungen erhoben.

Die öffentliche Tagesordnung lautet wie folgt:

TOP	Thema	Seite/n
1	Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Marktgemeinderates vom 25.11.2019	4
2	Bauangelegenheiten	5-6
	a) Schwimm- und Löschteich im Garten, FINr. 2379, Gemarkung Simmerberg, Schreckenmanklitz	
3	Einrichtung einer übergangsweisen provisorischen Kindergartengruppe für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren ab dem Frühjahr 2020	7-11
4	Umsetzung des Positionspapieres zum Flächensparen	12-20
	a) Vorstellung eines gemeindlichen Ökokonzeptes	
	b) Zustimmung zur Umsetzung des gemeindlichen Ökokonzeptes	
	c) Vorstellung eines Konzeptes für Beratungsleistungen zur Umnutzung im Bestand durch das Architekturforum Allgäu e.V.	
	d) Zustimmung zur Durchführung von Beratungsleistungen zur Umnutzung im Bestand	
5	Anbringung eines Handlaufs für den beschränkt-öffentlichen „Fuß- und Wanderweg Simmerberg-Tobel“	21
6	Basisfinanzierung OATS im Zuge der Allgäu-Walser-Card für die Jahre 2020-2022	22-23
7	Beitragsordnung des Westallgäu Tourismus e.V. für die	24-25



	Jahre 2020-2022	
8	Bekanntgaben und Anfragen	26-29

Außerdem waren anwesend:

Geschäftsleiterin Frau Bentz

Bauamtsleiter Herr Bauer

Leiter der Tourist-Information Herr Koch

Schriftführerin Frau Weber

Leiterin der Kita St. Blasius Frau Schmalzl (zu TOP 3)

Stv. Leiterin der Kita St. Blasius Frau Ziegler (zu TOP 3)

Architekt und Stadtplaner Herr Schröck (zu TOP 4)

Büro Sieber Frau Meßmer (zu TOP 4)

Westallgäuer Zeitung Herr Mittermeier

3 Zuhörer



TOP 1

Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Marktgemeinderates vom 25.11.2019

Die Niederschrift wurde per E-Mail versandt. Es wurden keine Einwendungen erhoben. Der Marktgemeinderat genehmigt damit die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Marktgemeinderates vom 25.11.2019.

Beratung

Keine.

Beschluss

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Marktgemeinderates vom 25.11.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis

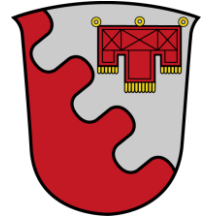
Ja -

Nein -

Weiler im Allgäu, 10.12.2019

Weber
Schriftführerin

Rudolph
1. Bürgermeister



TOP 2

Bauangelegenheiten

- a) Schwimm- und Löschteich im Garten, FINr. 2379,
Gemarkung Simmerberg, Schreckenmanklitz

Herr Bauamtsleiter Bauer stellt den Sachverhalt vor. Es sei die Errichtung eines Schwimm- und Löschteichs mit einer Länge von ca. 10,00 m, einer Breite von ca. 3,60 m und einer Wassertiefe von 1,55 m auf dem Grundstück mit der FINr. 2379, Gemarkung Simmerberg geplant. Das Wasservolumen des Schwimm- und Löschteichs betrage ca. 55 m³. Die Befüllung werde nicht gechlort. Das gesamte Becken werde mit einer Teichfolie abgedichtet, so dass die Dichtigkeit gewährleistet sei. Anfallendes Überwasser werde mit Hilfe einer Sickergrube auf dem eigenen Grundstück versickert. Der geplante Schwimm- und Löschteich sei für eine Löschwasserversorgung nicht zwingend erforderlich, da die Löschwasserversorgung für den Ortsteil Schreckenmanklitz mittels Hydranten, welche über die bestehende Trinkwasserleitung versorgt würden, sichergestellt. Nach Art. 57 Abs. 1 Nr. 10a BayBO seien Schwimmbecken mit einem Beckeninhalt bis zu 100 m³ verfahrensfreie Bauvorhaben, außer im Außenbereich, welcher hier vorliege. Bauplanungsrechtlich sei das Bauvorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB zu beurteilen.

Beratung

Herr 3. Bgm. Fink erkundigt sich, ob dieses Vorhaben mit dem bestehenden Schwimmbecken zu tun hätte.

Dies verneint **Herr Bauamtsleiter Bauer**, dieser Schwimmteich sei völlig autark.

Herr 3. Bgm. Fink erklärt, dass es im Außenbereich sei, weshalb ohnehin das Landratsamt Lindau (B) entscheide.

Herr Bauamtsleiter Bauer erklärt, dass das Einvernehmen von Gesetzes wegen ersetzt werden könne, sollte der Marktgemeinderat das Einvernehmen rechtswidrig nicht erteilen.

Herr MGR Rotter ist der Ansicht, dass er keinen Grund sehe, weshalb das Becken nicht genehmigt werden sollte.

Beschluss

Der Marktgemeinderat Weiler-Simmerberg erteilt das gemeindliche Einvernehmen zum Schwimm- und Löschteich im Garten auf FINr. 2379, Gemarkung Simmerberg.



Abstimmungsergebnis

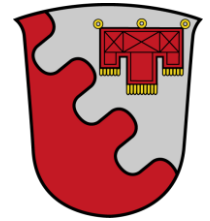
Ja **15**

Nein **0**

Weiler im Allgäu, 10.12.2019

Weber
Schriftführerin

Rudolph
1. Bürgermeister



TOP 3

Einrichtung einer übergangsweisen provisorischen Kindergartengruppe für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren ab dem Frühjahr 2020

Anlage

Frau Geschäftsleiterin Bentz stellt den Sachverhalt vor. Die Kinderzahlen und deren Entwicklungen seien dem Gremium ausführlich bekannt. Man schreibe im Februar immer die Anmeldetage für die gemeindlichen Kindertageseinrichtungen aus, sodass die Eltern ihre Kinder für das kommende Kindergartenjahr anmelden können. Erfahrungsgemäß sei es so, dass im Laufe des Kindergartenjahres weitere Kinder hinzukommen würden, welche noch nicht angemeldet seien. Viele Familien würden im Laufe des Jahres zuziehen, denn Weiler-Simmerberg gehöre zu den Zuzugsgemeinden. Deshalb komme die Verwaltung mitten im Kindergartenjahr auf das Gremium mit dem Wunsch zu, eine neue provisorische Gruppe einzurichten. Derzeit hätte man schon eine Übergangsgruppe im Mehrzweckraum der Kita St. Blasius untergebracht. Nun seien neben der Überbuchung der Gruppen von 25 auf bis zu 27 Kinder aber zusätzliche Anmeldungen eingegangen. Für diese Kinder könne aktuell kein Platz zur Verfügung gestellt werden. In die provisorische Gruppe in der Schule in Weiler im Allgäu könnten die sechs angemeldeten Kinder auf der Warteliste, sowie weitere bis zu zwölf Kinder aus den bestehenden Kindergartengruppen aufgenommen werden. Hierdurch würde auch eine Entlastung für die Kindergartengruppen bestehen, welche derzeit oft mit 26 oder 27 Kinder schon überbelegt seien. Diese Überbelegung würde vom Landratsamt übergangsweise mitgetragen werden, allerdings müsse dies die Ausnahme sein. Aufgrund des Bedarfs hätten die Verwaltung und die Kita-Leiterinnen verschiedene Möglichkeiten in Betracht gezogen. Es sei bei allen Alternativen am zweiten baulichen Rettungsweg gescheitert. Für den Brandschutz gebe es keine Alternativlösung, denn dieser sei rechtlich so vorgeschrieben. Der Brandschutz sei zwingend einzuhalten. Eine weitere Lösung sei ein weiterer übergangsweiser Container an der Kita St. Blasius. Gleichzeitig laufe die Planung für die Erweiterung der Kita St. Blasius mit Funktionsräumen sowie der Neubau einer Kinderkrippe in Weiler im Allgäu auf Hochtouren, mit dem neuen Architekten Herrn Deufel-Elhardt. Allerdings könne eine derartige Baumaßnahme nicht innerhalb eines halben Jahres umgesetzt werden. Eine Containerlösung koste bei einer monatlichen Miete rund 70.000 Euro. Der Container könnte für ca. 340.000 Euro erworben werden. Aufgrund der enormen Kosten sei dann Kontakt mit den Schulleitungen Frau Mayer-Sanktjohanser und Frau Schneider aufgenommen worden, um nach einer Alternativlösung zu schauen. Es hätte ein gemeinsames Gespräch mit den Kita-Leitungen, den Schulleitungen und der Verwaltung mit Bürgermeister Rudolph gegeben. Es seien auch Bedenken der Schulleitungen geäußert worden, allerdings hätten diese im persönlichen Gespräch ausgeräumt werden können. Es seien kleinere bauliche Eingriffe wie eine Wand mit Türe oder eine Klingel notwen-



dig. Außerdem müsse die Sanierung der Toiletten vorgenommen werden. Diese Variante sei allerdings kostengünstiger als eine Containerlösung. Es handle sich um das Klassenzimmer, in dem gerade der Werkunterricht stattfindet. Dieser befindet sich neben der Schulküche.

Beratung

Herr MGR Dr. Sauer geht auf den letzten Punkt des Schreibens der Schulleitung mit dem Thema Nutzung des Schul- und Pausenhofes und die Aufsichtspflicht ein.

Kita-Leiterin Frau Schmalzl erklärt, dass es keine Konflikte geben würde. Denn die Kindergartengruppe könne den Pausenhof zu anderen Zeiten, als die Schule nutzen. Man sei nicht auf Pausen angewiesen. Außerdem könne die Kindergartengruppe auch in den Wald, auf einen Spielplatz oder auch auf eine nahegelegene Grünfläche ausweichen. Das pädagogische Personal sei immer dabei, diese hätten die Aufsichtspflicht. Es werde keinerlei derartige Konflikte geben.

Herr Bgm. Rudolph fügt hinzu, dass die Kindergartengruppe auch die Grünfläche an der Sebastians-Kapelle nutzen könne.

Herr MGR Götz erkundigt sich nach dem zweiten Fluchtweg.

Frau Geschäftsleiterin Bentz erklärt, dass es bei der angedachten Übergangslösung zwei bauliche Rettungswege in zwei verschiedene Richtungen gebe.

Herr Bgm. Rudolph fügt hinzu, dass es wesentlich einfacher und kostengünstiger sei, nur den Rauchschutz erneuern zu müssen.

Frau Geschäftsleiterin Bentz erläutert die Flucht- und Rettungswege anhand eines Planes.

Herr Bgm. Rudolph gibt zu bedenken, dass es sich wirklich nur um ein Provisorium handle.

Herr 3. Bgm. Fink gehe es auch um die Pausenhofnutzung. Rein von den Kosten her sei die Alternative in der Schule wesentlich günstiger.

Herr MGR Rotter schließt sich der Meinung an. Er erwarte sich aber mehr Unterlagen zur Vorbereitung auf derartige Entscheidungen von Seiten der Verwaltung. Dem Marktgemeinderat sei ein Schreiben der Schulleiterin zugegangen. Er wolle wissen, warum zu diesem Schreiben von der Verwaltung keine Stellungnahme an den Marktgemeinderat herausgegeben worden sei. Im Schreiben der Schulleiterin seien die sanitären Anlagen angesprochen worden. Außerdem sei er der Ansicht, dass die Planungen für die Erweiterung der Kita St. Blasius immer noch genau gleich weit seien, wie vor zwei Jahren. Er wolle wissen, ob dies die Daueraufgabe für die nächsten fünf Jahre bleibe, oder ob man zeitnah bauen wolle. Eine Entspannung sei lediglich durch den Waldkindergarten kurzfristig gekommen. Außerdem kämen Fragen auf, wie beispielsweise eine Versetzung des Containers.

Frau Geschäftsleiterin Bentz antwortet, dass sie auch verwundert über das Schreiben gewesen sei, weswegen sie nach dem Schreiben mit Frau Mayer-Sanktjohanser Kontakt



aufgenommen habe. Grund hierfür war, dass Frau Mayer-Sanktjohanser die im Schreiben aufgeführten Punkte zum gemeinsamen Gespräch mitgebracht habe und alle diese Punkte im gemeinsamen Gespräch geklärt und ausgeräumt werden konnten. Heute präsentiere sie die Lösung, in die alle Punkte eingearbeitet und eingeflossen seien. Sie entschuldige sich dafür, dass sie keine Stellungnahme zu diesem Schreiben an die Marktgemeinderäte herausgegeben habe. Sie habe die Situation vielleicht falsch eingeschätzt, da sie dachte, mit der heutigen Präsentation würde eine Klarstellung ausreichen. Zum Thema Kita-Erweiterung sei geplant gewesen, die neuen Pläne dem Gremium im September vorzustellen. Früher sei es nicht gegangen, da der Architekt Herr Sutter zur Stadt Lindenberg gewechselt sei und der neue Planer Herr Deufel-Elhardt etwas Zeit zur Einarbeitung benötigt habe. Im September seien die Verwaltung, die Kita-Leitung und die Planer bei der Regierung von Schwaben gewesen. Allerdings teilte die Regierung mit, dass das Sonderinvestitionsprogramm vorzeitig geschlossen worden sei, da die Fördermittel erschöpft sind. In den letzten zwei Monaten würden die Verbände mit dem Ministerium eine Aufstockung des Förderprogramms verhandeln. Bisher leider ohne eine nennenswerte Antwort, weshalb noch keine Planungen vorgestellt werden konnten. Trotzdem sei vorgesehen, die Erweiterung im Januar zu präsentieren. Heute ginge es ausschließlich um eine Grundsatzentscheidung, ob die Überlegungen hinsichtlich der weiteren Notgruppe fortgeführt werden sollen. Wäre dem so, würden die Kosten in die Haushaltplanungen mit aufgenommen. Mit der Einrichtung der 6. Gruppe im Mehrzweckraum der Kita und dem neuen Waldkindergarten habe man den stark angestiegenen Bedarf an Kinderbetreuung auffangen können. Aber wie eingangs schon gesagt, würden im Jahreslauf immer wieder Kinder zuziehen und Bedarf anmelden. Hierauf müsse der Markt Weiler-Simmerberg reagieren. Da aber alle Einrichtungen voll ausgebucht seien, käme es nunmehr bei mehr als zehn Kindern über der Platzzahl zu derart kurzfristigen Überlegungen, wie die Einrichtung der Notgruppe. Die Erweiterung der Kita sei nach wie vor zeitnah unerlässlich. Bezüglich der sanitären Einrichtungen sei ein WC vorhanden, welches verbessert werden müsse, und ein Raum, in welchem sich früher ein WC befunden habe. Dieser Raum diene derzeit als Rumpelkammer und könnte wieder als WC hergerichtet werden.

Herr MGR Rotter möchte wissen, ob diese WC´s dann auch für Kinder geeignet seien.

Frau Geschäftsleiterin Bentz teilt mit, dass Kinder zu Hause auch auf normale WC´s gingen und es für eine Übergangsgruppe zulässig sei, wenn rutschfeste Trittstufen an WC und Waschbecken angebracht würden.

Herr Bgm. Rudolph berichtet von der Besichtigung der Räume in der Schule und dem Gespräch mit der Schulleitung, wie es auch Frau Geschäftsleiterin Bentz vorgetragen habe, wo er ein sehr gutes Gefühl gehabt habe. Nach diesem Termin sei alles klar gewesen. Daraufhin sei diese Mail an ihn und die Fraktionsvorsitzenden gekommen, wodurch er sich hintergangen gefühlt habe. Im Übrigen sei der Vorschlag für diesen Raum sei von den Schulleitungen gekommen, denn er sei abtrennbar vom Rest der Schule. So könnten die



Kinder auch mal auf dem Gang spielen. Man hätte in dem Gespräch auch die Sondersituation angesprochen, in der Schulleitungen und Kita-Leitungen zusammenhalten sollten. Es sei dort oben durchaus möglich, eine Gruppe einzurichten. Hier habe man auch versucht, kosteneffizient zu handeln. Außerdem erwarte er einfach von den Einrichtungen, dass sie in derartigen Sondersituationen zusammenstehen würden und man sich darauf verlassen könne.

Frau MGRin Holzer erkundigt sich nach den sanitären Anlagen.

Herr Bgm. Rudolph antwortet, dass diese natürlich ertüchtigt werden würden.

Herr MGR Dr. Sauer ist der Ansicht, dass man grundsätzlich froh sein müsse, dass man immer mehr Kinder im Gemeindegebiet habe. Der Markt Weiler-Simmerberg sei Zuzugs-gemeinde, was eine positive Entwicklung sei. Es gebe keine bessere Lösung als diese Übergangslösung in der Grund- und Mittelschule Weiler im Allgäu.

Frau MGRin Hodrius erkundigt sich bei der Kita-Leitung Frau Schmalzl ob die Voraussetzungen gut seien.

Kita-Leiterin Frau Schmalzl sichert zu, dass dieser Raum sehr gut geeignet sei. Er hätte große Fenster, Waschbecken, eigene Toiletten und einen separaten Zugang. Außerdem könnten die Kinder bedenkenlos auch auf dem Gang spielen. Es sei eine sehr gute Übergangslösung, mit welcher gut gearbeitet werden könnte.

Herr MGR Bernhard spricht die im Schreiben gesetzte Befristung für ein Jahr von Schulleiterin Frau Mayer-Sanktjohanser an.

Frau Geschäftsleiterin Bentz erklärt, dass eine Übergangslösung von einem Jahr sehr wünschenswert sei. Im Gespräch habe man einen Zeitraum zwischen ein und zwei Jahren angesprochen.

Herr MGR Bernhard gibt zu bedenken, dass das Lehrerkollegium mit einem Jahr als Übergang kalkuliere. Die Lehrerschaft gebe den Raum nicht gerne her. Man müsse diese Bereitschaft der Schule würdigen.

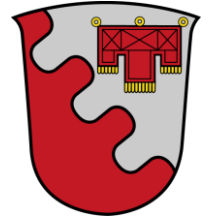
Herr Bgm. Rudolph finde die Bereitschaft der KiTa anerkennenswert.

Frau Geschäftsleiterin Bentz wolle es so zusammenfassen, dass es eine schöne Zusammenarbeit zwischen zwei Einrichtungen wäre. Jeder gebe ein Stück seiner Komfortzone auf und helfe zusammen.

Herr 3. Bgm. Fink fragt an, seit wann die Übergangslösung in der Schule bekannt sei. Er hätte sich eine Besichtigung mit dem gemeindlichen Bau-, Umwelt- und Landwirtschaftsausschusses in der vergangenen Sitzung gewünscht.

Herr Bgm. Rudolph erklärt, dass dies zeitlich nicht möglich gewesen sei. Man hätte am 11.11.2019 ein Gespräch mit den Schulleitungen gehabt, wo dieser Raum vorgeschlagen worden sei. Daraufhin sei die Bauverwaltung wegen der Abtrennung eingeschalten worden. Es sei erst jetzt möglich, das Gremium zu informieren.

Frau Geschäftsleiterin Bentz erläutert, dass man noch Hausaufgaben abarbeiten musste und eine gewisse Reihenfolge einhalten wollte. Eine Gruppe erfahre es leider immer später



als die andere. Dieses Dilemma, welche der Gruppen zuerst informiert würde, gebe es immer wieder. In diesem Fall habe man sich entschieden, zunächst die Schulleitungen mit dem Lehrerkollegium sprechen zu lassen.

Herr MGR Rasthofer verstehe die ganze Diskussion nicht, denn es handle sich um eine gute, vernünftige und günstige Übergangslösung. Die Schule gehöre der Gemeinde und es handle sich nur um eine Übergangszeit.

Herr Bgm. Rudolph betont nochmals, dass es nicht nur von den Schulleitungen und dem Lehrerkollegium, sondern auch von den Leiterinnen Frau Schmalzl und Frau Ziegler und deren Kita Personal sehr zuvorkommend sei, dass diese Übergangslösung durch sie so kostengünstig umgesetzt werden könne.

Beschluss

Der Marktgemeinderat Weiler-Simmerberg stimmt der Einrichtung einer übergangsweisen provisorischen Kindergartengruppe für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren ab dem Frühjahr 2020 in der Grund- und Mittelschule Weiler im Allgäu zu.

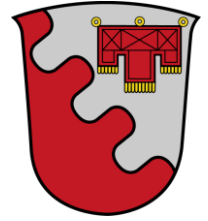
Abstimmungsergebnis

Ja	15
Nein	0

Weiler im Allgäu, 10.12.2019

Weber
Schriftführerin

Rudolph
1. Bürgermeister



TOP 4

Umsetzung des Positionspapieres zum Flächensparen

a) Vorstellung eines gemeindlichen Ökokonzeptes

Anlage

Herr Bgm. Rudolph stellt den Sachverhalt vor. Man wolle das Thema Flächensparen aktiv angehen. Auch Ökologie, Entsorgung und Entsorgungswege seien hier Bestandteil. Hintergrund der Maßnahme sei, dass man ökologische Flächen bekommen würde, welche man nicht der Landwirtschaft entziehe. Der Markt Weiler-Simmerberg habe schon eine ganze Reihe ökologischer Flächen gekauft und umgewandelt, die der Natur überlassen würden. Damit werde natürlich auch Unterhalt gespart. Diese Flächen seien zudem günstiger im Erwerb und würden der Landwirtschaft nicht als Produktionsfläche genommen. Man könne bei dem Thema Ökologisierung einiges, vor allem auch kostengünstig, erreichen. Der Natur müsse allerdings Zeit zur Entwicklung gegeben werden. Insgesamt wäre es wünschenswert, wenn über eine Vernetzung der Ökoräume eine Art Autobahnssystem entstehen würde, wo sich die einzelnen Populationen austauschen können. Hierzu eigne sich das Rothachtal mit den vielen Gewässerläufen. Ihm sei es persönlich sehr wichtig, dass man sich nicht nur um den Kulturräum kümmern, sondern auch um den Naturraum. Das nachfolgende Konzept solle dazu dienen, dass man strategisch vorgehe. Die einzelnen Ökoflächen sollen bepunktet werden. Diese Punkte sollen im Ökokonto gesammelt werden und bei entsprechender Baulandentwicklung wieder ausgebucht werden können.

Frau Meßmer ist der Ansicht, dass das Thema sehr gut an den vorherigen Tagesordnungspunkt angrenze, da der Markt Weiler-Simmerberg immer weiter wachse. Ziele seien generell, den Flächendruck zu verringern. Es müssen Neubaugebiete ausgewiesen werden, da die Innenentwicklung allein nicht ausreiche aber der Leerstand wieder aufleben müsse. Sehr wichtig sei dabei, dass die Landwirtschaft nicht darunter leide. Hier sei es sinnvoll, das Konzept frühzeitig zu planen und mit den verschiedenen Behörden, gerade der Unteren Naturschutzbehörde, abzustimmen. Die Abstimmung des Konzeptes diene als sichere Planungsgrundlage. Von diesem Ökokonzept profitiere in erster Linie die Natur. Ganz wichtig sei die ökologische Vernetzung, die die Flächen so wertvoll mache. Die Tiere müssen wandern können. Natürlich werde auch die Artenvielfalt im Gemeindegebiet verbessert. Für die Landwirte würden vor allem die hochwertigen Flächen geschont, wie beispielsweise Flächen mit Böden, die sehr gut zu bewirtschaften seien. Gleichzeitig gebe es auch die Möglichkeit von produktionsintegrierten Maßnahmen. Hier könne beispielsweise gleichzeitig ein Obstbau bewerkstelligt werden. Trotzdem können auf derselben Fläche Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden. Dies diene dazu, dass der Landwirt weiterhin sein Einkommen habe, dass seine Streuobstwiese weiterhin bestehen könne und dass trotzdem einige Auflagen entstehen würden, so dass letztendlich eine hochwertige anerkannte Fläche daraus werde.



Als Gemeinde habe es den zeitlichen Vorteil, vorausgesetzt man würde jetzt die Flächen planen, dass der Effekt der zeitlichen Verzögerung, wenn es zur Bauleitplanung komme, vermieden werde. Wenn man sich frühzeitig darum kümmere, habe man hinterher keinen Zeitverlust, der sonst oft entstehe. Zusätzlich habe man gleichzeitig ein Kostenersparnis, man müsse zwar einmal etwas investieren, letztendlich können die Flächen aber dann auf das Ökokonto eingebucht werden. Sie ergänzt, dass die Flächen auch verzinst würden. Die Resonanz der anderen Behörden zu diesem Konzept seien sehr gut ausgefallen, gerade auch von der Unteren Naturschutzbehörde. Sie erklärt die weitere Vorgehensweise. Zuerst werde der ganze Bestand aufgenommen und Schwerpunktgebiete ausgewählt. Danach würden für die vorausgewählten Flächen Maßnahmenkonzepte entwickelt. Mögliche Schwerpunktgebiete seien beispielsweise das Kieswerk oder die Viehweide an der Rothach. Genaue Schwerpunktgebiete der Gewässer, Moore/Nassgrünländer, Ortsränder und Wälder seien auf der beiliegenden Anlage zu erkennen.

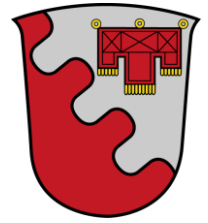
Beratung

Herr 2. Bgm. Ilg finde es wichtig, dass es Flächen gebe, wo man Alt- und Totholz hätte. Hier würden sich bestimmte Tierarten wohl fühlen. Außerdem gehe es um die Gewässerstreifen. Man sollte die Grundstücksstreifen trotzdem mit favorisieren, bevor irgendwo eine Wiese gekauft werde, die dann isoliert als Ökofläche ausgewiesen werde. Die zusammenhängenden Flächen seien ihm sehr wichtig.

Herr MGR Dr. Ferber könne alles vernünftig nachvollziehen. Es gehe um Flächenmanagement, Ausgleichsflächen und dergleichen. Man müsse einen längeren Weg gehen, bis es zur Umsetzung komme. Er sehe es nicht so problematisch mit dem Totholz. Wo keine öffentliche Gefährdung sei, könne man Totholz liegen lassen. Man hätte ein riesen Problem, wenn es um Baugebiete und Landwirtschaft gehe. Hier werde es immer einen Konflikt geben. Er denke, dass die Ökologie weiterreichender sei.

Herr Bgm. Rudolph betont nochmals, dass es in diesem Konzept schon um Flächensparen gehe. Es gehe darum, der Landwirtschaft keine Flächen wegzunehmen, also der Landwirtschaft Flächen zu sparen. Gleichzeitig gehe es auch um die wesentliche Verbesserung der Ökosysteme. Das seien seiner Meinung nach die beiden Aspekte, die im Vordergrund stünden. Die Produktivitätsfläche solle weitestgehend erhalten bleiben. Es lasse sich nicht vermeiden, in dem einen oder anderen Fall am Ortsrand Baugebiete auszuweisen. Hier werde über die Art der Bebauung gesteuert, dass Geschosswohnungsbau entstehe.

Herr MGR Rasthofer ist der Meinung, dass mit einer Innenverdichtung sehr viel möglich sei. Seiner Ansicht nach müsse geschaut werden, dass so wenig Fläche wie möglich verbraucht würde. Es nutze das Ökokonzept und das Ökokonto nichts, wenn man immer weiter baue und Flächen verbrauche. Wichtig wäre zu schauen, was man machen könne, um möglichst wenig Fläche zu verbrauchen. Das Ökokonto sei gut, dennoch gebe es auch viele andere Bausteine die miteinbezogen werden müssten.



Frau Geschäftsleiterin Bentz erklärt, dass das Positionspapier viele Bausteine beinhalte. Mit diesem Ökokonzept spreche man lediglich von einem Baustein.

Herr Bgm. Rudolph erklärt, dass versucht werde, verdichtet zu bauen. Dies bedeute aber auch, der Einfluss der Nachbarschaft. Die Abstandsflächen auf dem Dorfplatz in Simmerberg wurden beispielsweise bis auf die letzten Zentimeter ausgenutzt. Hier gehe es darum, dass Ökoflächen intelligent ausgewiesen würden und landwirtschaftliche Produktionsflächen geschont würden.

Herr MGR Wucher bringt vor, dass man das Ökokonto schon seit Jahren habe. Man habe bisher immer Flächen dazu gewinnen können, wenn man welche kriegen konnte. Es sei ein optimaler Zufall, dass diese vernetzt werden könnten.

Herr 2. Bgm. Ilg erklärt, dass es ihm wichtig sei, diesen Weg zu gehen, unabhängig davon, ob man Flächen beispielsweise in zwei Jahren benötige oder nicht. Dann könne man es schaffen, dass die landwirtschaftlichen Produktionsflächen nicht für Ökoflächen hergenommen werden müssen.

Herr MGR Dr. Sauer erkundigt sich, wie das Konzept mit Leben gefüllt werden würde.

Frau Meßmer erklärt, dass man noch mehr Schwerpunktgebiete heraussuchen würde. Danach würde man eine Bestandsaufnahme machen, um herauszufinden wo das Potenzial liege. Die Moore müssen beispielsweise entbuscht werden. Danach können die Maßnahmen und Schwerpunktgebiete mit der Gemeinde grob festgelegt werden.

Herr Bgm. Rudolph teilt mit, dass dies nach dem Verursacherprinzip aufgestellt sei. Wenn Bauflächen ausgewiesen würden, dann könne der bereits entstandene Aufwand auch bei den Erschließungskosten mit dazu gerechnet werden. Das Geld komme bei der Ausweisung entsprechender Flächen also wieder zurück. Das Ganze solle sich auch in gewisser Weise refinanzieren.

Herr MGR Dr. Feber fragt an, ob es juristisch und praktisch vorstellbar sei, dass ein Privatmann oder Landwirt eine Fläche zur Verfügung stelle. Bei einem Privatmann könne er sich beispielsweise eine Waldfläche vorstellen, die im Sinne einer Hypothek durch die Gemeinde belastet würde. Ihn interessiere es, ob man sich hier ein Modell vorstellen könne.

Herr Bgm. Rudolph erklärt, dass in diese Richtung noch nichts angedacht sei. Dies könnte seiner Meinung nach jedoch schon vorstellbar sein.

Herr MGR Bernhard wiederholt, dass es hier um das Flächenmanagement gehe. Dies funktioniere nur mit den Grundstückseigentümern, die in der Regel hauptsächlich Landwirte seien. Er könne sich noch nicht vorstellen, wie man bei dieser Planbewirtschaftung vorgehen wolle. Grundstücksverhandlungen seien sensible Bereiche. Er bevorzuge die Vorgehensweise, wie in der Vergangenheit bisher auch. Man sollte erst dann reagieren, wenn der Strukturwandel bestimmte Ausgleichsflächen biete. Diese Variante sei seiner Meinung nach besser. Er habe bedenken, wenn die Gemeinde ein Fass aufmache, obwohl er momentan keinen Bedarf sehe.

Herr 2. Bgm. Ilg müsse seinem Kollegen Bernhard widersprechen. Es gehe nicht nur um



die Grundstücke, die die Marktgemeinde aktuell erwerbe. Man müsse vorausschauend denken. Man könne nicht wissen, welche Flächen in zehn Jahren beispielsweise zur Verfügung stünden. Wenn diese Flächen aber als mögliche Flächen im Ökokonto mitinbegriffen seien, dann müsse man in späteren Jahren nicht krampfhaft nach Flächen suchen.

Herr MGR Dr. Sauer erkundigt sich nach den Kosten. Das Geld sei sicher gut investiert, wenn es sich um ein nachhaltiges Projekt handle. Seiner Meinung nach solle das Projekt auch in einem entsprechenden Ausschuss wie beispielsweise einem Ökoausschuss debattiert und bearbeitet werden. Dieser könne in der neuen Legislaturperiode gegründet werden.

Herr Bgm. Rudolph erklärt, dass es darum gehe, ein Planungsinstrument zu haben. Ein Planungsinstrument sei für die Verwaltung sehr wichtig. Die Verwaltung könne dann alles besprochene strategisch umsetzen.

Herr MGR Rotter möchte ebenfalls die ungefähren Kosten wissen. Ihn interessiere es in welchem Bereich die Kosten etwa liegen würden. Er wisse, dass die genauen Kosten in der nichtöffentlichen Sitzung bekannt gegeben würden.

Herr Bgm. Rudolph teilt mit, dass es sich um einen sehr niedrigen fünfstelligen Betrag handle. Sobald die Kosten in der nichtöffentlichen Sitzung beschlossen würden, könnten diese auch in der öffentlichen Sitzung bekannt gegeben werden.

Beschluss

Keiner.

Abstimmungsergebnis

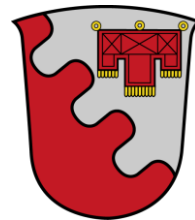
Ja -

Nein -

Weiler im Allgäu, 10.12.2019

Weber
Schriftführerin

Rudolph
1. Bürgermeister



TOP 4

Umsetzung des Positionspapieres zum Flächensparen

b) Zustimmung zur Umsetzung des gemeindlichen Ökokonzeptes

Siehe TOP 4a).

Beratung

Siehe TOP 4a).

Beschluss

Der Marktgemeinderat Weiler-Simmerberg stimmt der Umsetzung des gemeindlichen Ökokonzeptes zum Flächensparen zu.

Abstimmungsergebnis

Ja **9**

Nein **6**

Weiler im Allgäu, 10.12.2019

Weber
Schriftführerin

Rudolph
1. Bürgermeister



TOP 4

Umsetzung des Positionspapieres zum Flächensparen

- c) Vorstellung eines Konzeptes für Beratungsleistungen zur Umnutzung im Bestand durch das Architekturforum Allgäu e.V.

Anlage

Herr Bgm. Rudolph begrüßt Herrn Franz Schröck vom Architekturforum Allgäu e.V..

Herr Schröck bedankt sich für die Einladung und stellt das Konzept anhand der Anlage vor. Beim Architekturforum Allgäu handle es sich um einen Verein.

Herr Bgm. Rudolph erklärt, dass das Thema explizit auf der heutigen Sitzung sei, da das Büro für die Architektur im Allgäu stünde. Es gehe um die Qualität und die bauliche Beratung und auch um Umnutzungen und Nachnutzungen. Hier könne man viel Fachwissen dem ein oder anderen zukommen lassen. Es gehe im Wesentlichen darum, die Leute zu inspirieren. So könne die Baukultur vor Ort erhalten bleiben. Die alte Bausubstanz lasse viele freie Grundrissmöglichkeiten zu, welche bei einem Neubau gar nicht zu realisieren seien. Man könne in einer alten Bausubstanz viel umgestalten und tollen Wohnraum schaffen. Hier gehe es auch um eine mögliche Beratung.

Beratung

Herr MGR Dr. Sauer erkundigt sich, ob die Förderung und Beratung in Vorarlberg besser sei wie im Allgäu.

Herr Schröck könne die Frage nicht genau beantworten. In Vorarlberg sei eine gewisse Offenheit da, was das Thema Beratung angehe. Die Menschen würden dort einfach gut zuhören und sich von Fachleuten einiges sagen lassen. Hier im Allgäu meine man oft, dass man selbst alles besser wisse. Die Vorarlberger hätten es besser verstanden, sich fachmännisch beraten zu lassen.

Herr Bgm. Rudolph ist der Ansicht, dass in Vorarlberg eine andere Bereitschaft vorhanden sei, sich mit dem Thema auseinander zu setzen. Das Bauen in Vorarlberg sei wesentlich nachhaltiger, nicht nur der Baumaterialien wegen. Auch die Finanzierung sei hier ein Aspekt. Es hätte sich in Österreich aber auch gesamt-gesellschaftlich einiges getan. Man müsse die Menschen mitnehmen und diese müssten umdenken und sich dafür begeistern. Deshalb sei eine solche Bauberatung sehr wichtig.

Herr MGR Rotter bedankt sich für die Vorstellung von Herrn Schröck. Er kenne das Architekturforum Allgäu auch von der Allgäuer Festwoche in Kempten. Hier sei auch immer Werbung für nachhaltiges Bauen gemacht worden. Es sei eine spannende Geschichte. Er wolle wissen, was mit diesem Beschlussvorschlag gemeint sei. Er verstehe es so, dass das Architekturforum Allgäu künftig bei Bauanträgen als Berater eingeschaltet werden solle. Er ist der Ansicht, dass jeder der etwas umbauen wolle, einen Architekten beauftrage. Es sei



eine freie Wahl jedes Einzelnen. Er wolle wissen, was die Gemeinde hier jetzt tun könne. Beispielsweise sei ein Vortrag im Kolpinghaus oder bei einer Bürgerversammlung hierzu sehr hilfreich. Ihm sei allerdings unklar, was das Gremium hier jetzt beschließen solle.

Herr Schröck erklärt, dass dies nicht so vorgesehen sei. Das Architekturbüro versuche Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Bauberatungen müsste die einzelnen Architekten machen, dies könne das Architekturforum Allgäu als Verein nicht leisten.

Herr Bgm. Rudolph erklärt, dass es ein Maßnahmenpaket sei. Man könnte eine Informationsveranstaltungen zu diesem Thema machen. Außerdem könnten Beratungsleistungen ausgeschrieben werden. Die Zustimmung solle nur heißen, dass das Gremium damit einverstanden sei, dass man sich in diese Richtung weiter entwickeln wolle. Er hätte auch mit der Regierung von Schwaben und dem Amt für Ländliche Entwicklung gesprochen, das ALE könnte sich vorstellen, solch ein Projekt auch in der Dorferneuerung zu fördern. Aber nur in den Anwendungsgebieten. In gleicher Weise sei es auch bei der Städtebauförderung. Es gebe aber auch viele Häuser im Außenbereich, die für solch eine Umnutzung in Frage kommen würden. Beauftrage der Marktgemeinderat heute die Verwaltung, so würde man ein Konzept in Abstimmung mit der Regierung von Schwaben und dem Amt für Ländliche Entwicklung ausarbeiten. Man wolle dann vorschlagen, schrittweise in eine Art Coaching, Beratung, Beistand zu kommen, um eine andere Denke bei der Umnutzung zu Stande zu bringen.

Herr 3. Bgm. Fink verstehe nicht, weshalb man einen Beschluss fassen müsse. Das Konzept könnte beispielsweise bei einer Bürgerversammlung vorgestellt werden.

Herr Schröck erklärt, dass die Dinge immer nur in einem großen allgemeinen Kreis vorgestellt werden könnten. Gehe es um ein einzelnes Objekt, benötige man auf jeden Fall eine Einzelberatung.

Herr Bgm. Rudolph erklärt, dass der Beschlussvorschlag folgendermaßen umgenannt werden könne: Beauftragung der Verwaltung, ein Konzept für Beratungsleistungen zur Umnutzung im Bestand, zu erarbeiten.

Herr MGR Bernhard könne sich vorstellen, dass dies bei ortsbildprägenden Gebäuden Sinn mache. Für allgemeine Maßnahmen sehe er keinen Beschluss in der heutigen Sitzung vor.

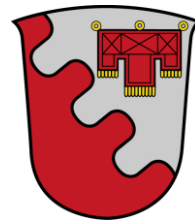
Herr MGR Götz finde es vom Prinzip her eine gute Sache. Es gebe aber verschiedene Baumaßnahmen vor Ort, wo sehr viele verschiedene Meinungen eingebracht worden seien.

Herr MGR Bernhard verstehe die Vorgehensweise immer noch nicht.

Herr MGR Rotter verstehe nicht, weshalb es hierzu einen Beschluss brauche. Die Verwaltung solle sich Gedanken machen und mit einem möglichen Konzept wieder auf das Gremium zugehen.

Beschluss

Keiner.



Abstimmungsergebnis

Ja -

Nein -

Weiler im Allgäu, 10.12.2019

Weber
Schriftführerin

Rudolph
1. Bürgermeister



TOP 4

Umsetzung des Positionspapieres zum Flächensparen

- d) Zustimmung zur Durchführung von Beratungsleistungen zur Umnutzung im Bestand

Siehe TOP 4c).

Beratung

Siehe TOP 4c).

Beschluss

Der Marktgemeinderat Weiler-Simmerberg beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für Beratungsleistungen zur Umnutzung im Bestand zu erarbeiten und dem Marktgemeinderat zu unterbreiten.

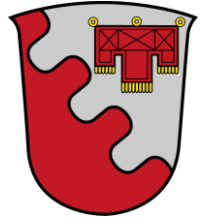
Abstimmungsergebnis

Ja	15
Nein	0

Weiler im Allgäu, 10.12.2019

Weber
Schriftführerin

Rudolph
1. Bürgermeister



TOP 5

Anbringung eines Handlaufs für den beschränkt-öffentlichen „Fuß- und Wanderweg Simmerberg-Tobel“

Herr Bauamtsleiter Bauer stellt den Sachverhalt vor. Herr Schwarz habe einen Antrag samt Unterschriftenliste für einen Handlauf für den beschränkt-öffentlichen „Fuß- und Wanderweg Simmerberg Tobel“ beantragt. Der Antrag auf Anbringung eines Handlaufes entlang des genannten Weges sei geprüft und dem Bau-, Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss bereits zur Entscheidung vorgelegt worden. Die Gesamtsumme des Handlaufes inklusive der Beleuchtung betrage rund 14.000 Euro.

Beratung

Herr MGR Bernhard könne es voll unterstützen. Allerdings sei er von den Kosten überrascht.

Herr Bauamtsleiter Bauer erklärt, dass diese Kosten schon von Herrn Merath beim Bauausschuss bekannt gegeben worden seien.

Beschluss

Der Marktgemeinderat Weiler-Simmerberg stimmt der Anbringung eines Handlaufs für den beschränkt-öffentlichen „Fuß- und Wanderweg Simmerberg-Tobel“ in Höhe von 14.000 Euro zu.

Abstimmungsergebnis

Ja **14**

Nein **1**

Weiler im Allgäu, 10.12.2019

Weber, Schriftführerin

Rudolph, 1. Bürgermeister



TOP 6

Basisfinanzierung OATS im Zuge der Allgäu-Walser-Card für die Jahre 2020-2022

Herr Tourismusleiter Koch stellt den Sachverhalt vor. Die OATS fordere ab 2019 eine Erhöhung des Westallgäuer Anteils an der Basisfinanzierung. Von bisher 33.000 Euro netto solle sich der Anteil auf 45.550 Euro netto jährlich erhöhen. Nicht klar herausgestellt wurde bei dieser Forderung allerdings, welcher Mehraufwand dieser Erhöhung gegenüberstehe. Bei dem daraufhin folgenden Termin mit Herrn Hüttenrauch und den AWC-Gemeinden am 15. Februar 2019 sei die OATS von der ursprünglichen Erhöhung abgerückt und habe alternativ vorgeschlagen, den Finanzierungsbeitrag des Westallgäus zukünftig anhand des Verteilschlüssels nach System-Aufkommen festzulegen. Hier liege der Westallgäuer Anteil bei 6,398 % am Gesamtsystem, was einen Anteil an der Basisfinanzierung in Höhe von 39.668 Euro netto bedeute. Die Orte hätten am 15.02.2019 diesem Vorschlag und der Erhöhung der Basisfinanzierung auf 39.668 Euro netto jährlich ab 2020 einstimmig zugestimmt. Die Verteilung der Basisfinanzierung in Höhe von 39.668 Euro netto auf die einzelnen Westallgäuer AWC-Gemeinden wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung des Westallgäu Tourismus e.V. am 23.10.2019 ebenfalls einstimmig beschlossen.

Zur Berechnung merke er an:

- Für die Berechnung sei der intern festgelegte Verteilungsschlüssel nach durchschnittlichen Übernachtungszahlen der letzten drei Jahre (2016-2018) verwendet worden.
- Da Röthenbach keine AWC-Gemeinde sei seien die Übernachtungszahlen aus Röthenbach aus der Berechnung herausgenommen worden.

Beratung

Herr MGR Rotter erkundigt sich, ob man brutto oder netto bezahlen müsse.

Herr Tourismusleiter Koch erklärt, dass die Nettokosten zu zahlen seien, da es sich um den Bereich Tourismus handle, wo man Vorsteuerabzugsberechtigt sei.

Beschluss

Der Marktgemeinderat Weiler-Simmerberg beschließt die Erhöhung der Basisfinanzierung ab 2020 und ermächtigt den Bürgermeister, dem Eigenanteil laut beiliegender Verteilung ab 2020 bis auf weiteres zuzustimmen.



Abstimmungsergebnis (ohne MGR Götz)

Ja **14**

Nein **0**

Weiler im Allgäu, 10.12.2019

Weber
Schriftführerin

Rudolph
1. Bürgermeister



TOP 7

Beitragsordnung des Westallgäu Tourismus e.V. für die Jahre 2020-2022

Herr Tourismusleiter Koch stellt den Sachverhalt vor. Laut Satzung des Vereins Westallgäu Tourismus e. V. sei die Beitragshöhe jeweils auf drei Jahre festgeschrieben. Von 2017 bis einschließlich 2019 habe dem Verein ein jährliches Budget in Höhe von 68.000 Euro netto zur Verfügung gestanden. In der laufenden Projekt- und Marketingarbeit des Vereins sei man schnell an finanzielle Grenzen gestoßen. Wichtige Maßnahmen wie beispielsweise Pressearbeit und Onlinemarketing seien zuletzt gar nicht mehr oder nur in zu geringem Maße möglich gewesen. Eine Erhöhung des Budgets sei unbedingt notwendig. Dies entspreche der ganzheitlichen Meinung aus den Arbeitskreisen mit den Tourismusverantwortlichen des Vereins. Das jährliche Gesamtbudget solle auf 98.000 Euro netto angehoben werden. Damit werde gewährleistet, dass dem Verein wieder Möglichkeiten für ein Basismarketing zur Verfügung stünden. In der Mitgliederversammlung des Westallgäu Tourismus e.V. vom 23.10.2019 stimmten die Mitglieder einstimmig einer Erhöhung des Gesamtbudgets auf 98.000 Euro netto zu.

Anmerkung zur Beitragsberechnung ab 2020:

- Es sei wieder der zur Gründung des Vereins beschlossene Verteilungsschlüssel verwendet worden.
- Es sei ein Durchschnitt der Übernachtungszahlen aus den Bezugsjahren 2016 bis 2018 gebildet worden. Dies diene letztlich allen Mitgliedsgemeinden, weil damit die Mitgliedsbeiträge planbarer würden und keine besonderen Ausschläge aufgrund von Einmaleffekten eintreten würden.

Beratung

Keine.

Beschluss

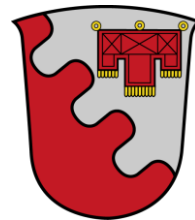
Der Marktgemeinderat Weiler-Simmerberg beschließt die neue Beitragsordnung des Westallgäu Tourismus e.V. für die Jahre 2020 bis 2022 mit dem daraus resultierenden jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 11.905,12 Euro netto.

Abstimmungsergebnis (ohne MGR Götz)

Ja	14
Nein	0

Markt Weiler-Simmerberg

www.weiler-simmerberg.de



Weiler im Allgäu, 10.12.2019

Weber
Schriftführerin

Rudolph
1. Bürgermeister



TOP 8

Bekanntgaben und Anfragen

a) Friedhof Weiler im Allgäu – Bestattungspersonal

Frau Geschäftsleiterin Bentz stellt den Sachverhalt vor. In § 25 der Satzung über die Benutzung der Friedhofs- und der Bestattungseinrichtungen (Friedhofssatzung – FS) sei geregelt, welche Arbeiten auf dem Friedhof hoheitlich ausgeführt würden. Diese Satzung sei vom 1. Januar 2015. Dazu gehöre auch die Überführung des Sarges vom Leichenhaus zur Grabstätte und das Versenken des Sarges (§ 25 Abs. 1 Nr. b und d FS). Laut § 25 Abs. 2 könne auf Antrag die Gemeinde von der Inanspruchnahme des Trägerpersonals nach Abs. 1 d befreien (= Überführung des Sarges vom Leichenhaus zur Grabstätte). Dieser Antrag sei bisher aber noch nie gestellt worden. Ein Versenken des Sarges sei nur noch vom Bestatter und dessen Personal möglich. Zumal die Grabfelder auf dem Friedhof Weiler im Allgäu an einigen Stellen auch sehr eng nebeneinander liegen würden. Besser wäre hier ein Versenken nach der Trauerfeier. Bei dem letzten Vorfall sei ein privater ehrenamtlicher Sargträger gestürzt und habe sich schwer verletzt. Die Berufsgenossenschaft Landwirtschaft, die für das Friedhofspersonal zuständig sei, zahle nur für unser Personal und nicht für ehrenamtliche Sargträger. Der Geschädigte müsse jetzt auf die eigene Versicherung hoffen. Das gleiche gelte für die Haftpflichtversicherung des Bestatters, diese springe auch nur für Schadensfälle seiner Angestellten ein. Bei einer Antragstellung könne somit auf die Problematik hingewiesen werden, damit diese schon im Vorfeld bekannt sei.

Beratung

Herr MGR Bernhard möchte, dass dieser Sachverhalt der Öffentlichkeit mitgeteilt werden sollte. Hier sollte man wissen, dass ein Antrag bei der Gemeinde gestellt werden könne.

Frau Geschäftsleitern Bentz sichert zu, dass im nächsten Rathausbote darüber berichtet werde und vielleicht auch die Presse darüberschreibe.

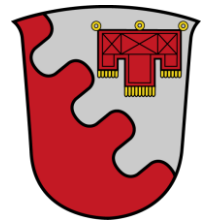
Beschluss

Keiner.

Abstimmungsergebnis

Ja -

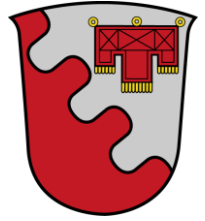
Nein -



Weiler im Allgäu, 10.12.2019

Weber
Schriftführerin

Rudolph
1. Bürgermeister



TOP 8

Bekanntgaben und Anfragen

b) Generalversammlung Freiwillige Feuerwehr Ellhofen

Herr Bgm. Rudolph teilt mit, dass am Freitag, den 03.01.2020 um 19.00 Uhr, die Generalversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Ellhofen im Gasthof Adler in Ellhofen statt finde. Bei dieser Generalversammlung würden unter Top 10 die Wahlen der Kommandanten, des Vorsitzenden, des Schriftführers und der beiden Kassenprüfer vorgenommen.

Beratung

Keine.

Beschluss

Keiner.

Abstimmungsergebnis

Ja

Nein

Weiler im Allgäu, 10.12.2019

Weber
Schriftführerin

Rudolph
1. Bürgermeister



TOP 8

Bekanntgaben und Anfragen

c) Bürgerschießen 2019 in Weiler

Herr Bgm. Rudolph gibt die Ergebnisse des Bürgerschießens in Weiler im Allgäu bekannt. Die Mannschaft „Montagshocker“ habe mit 365,1 Ringen den 15. Platz erreicht. Die Mannschaft „Hausbachschützen“ habe mit 354,2 Ringen den 25. Platz erreicht. Er gratuliere den beiden Mannschaften und bedanke sich für die Teilnahme.

Beratung

Keine.

Beschluss

Keiner.

Abstimmungsergebnis

Ja

Nein

Weiler im Allgäu, 10.12.2019

Weber
Schriftführerin

Rudolph
1. Bürgermeister